**PRESSEMITTEILUNG**

**Salzunger Bündnis streitet weiter gegen Suedlink**

Im „Salzunger Bündnis“ arbeiten der Wartburgkreis, der Landkreis Schmalkalden-Meiningen, die Stadt Eisenach und neuerdings auch der Unstrut-Hainichkreis eng zusammen. Die vier Gebietskörperschaften begleiten das Planungsvorhaben Suedlink gemeinsam kritisch und wollen eine Trassenführung durch Thüringen nach Möglichkeit verhindern. Im Rahmen eines Treffens im Dezember haben sich die im Bündnis engagierten Bürgermeister und Landräte auf die nächsten Maßnahmen im Planungsverfahren verständigt und sich inhaltlich zur weiteren Inanspruchnahme des Rechtsanwaltsbüros abgestimmt. Für die nächste Verfahrensstufe, dem Hauptverfahren der Bundesfachplanung, wurde das gemeinsame Vorgehen bei der Abgabe von Stellungnahmen festgelegt.

Das Bündnis arbeitet zudem eng mit den zuständigen Behörden des Freistaates Thüringen zusammen. Nach wie vor hat Thüringen Interesse an der Durchsetzung der sogenannten „Thüringer Variante“ – einem Vorschlag der Landesregierung, bei der die Trasse nicht durch den Freistaat verläuft. Hierzu wurde nun ein gemeinsamer Öffentlichkeitstermin des Landes Thüringen und des Salzunger Bündnisses für Ende Januar anvisiert - wo die Stellungnahmen des Freistaats zum jetzt von TenneT veröffentlichten Gutachten zum Thüringer Alternativvorschlag vorliegen sollen.

„Das Ganze ist ein mühsames Geschäft“, so Landrat Reinhard Krebs. „Meine Hoffnung ist es, dass die Thüringer Variante Erfolg hat und damit die Kabeltrasse außerhalb unserer Region verläuft. Dafür setzen wir uns mit aller Kraft ein!“

Damit der Strom aus Windkraftanlagen im Norden nach dem Atomausstieg auch im Süden genutzt werden kann, sollen nach Vorgaben der Bundesregierung neue Stromtrassen gebaut werden. Nachdem die ursprünglich oberirdisch geplante Trasse nun in Form von Erdkabeln in einem rund 1000 Meter breiten Planungs-Korridor verlaufen soll, steht neuerdings neben den aktuellen Planungen für Westdeutschland auch eine Streckenführung über ehemals ostdeutsches Gebiet und damit auch durch den Wartburgkreis zur Debatte.